

16.01.2019

WV Stahl zur Brexit-Abstimmung: Ungeregelter Austritt hätte gravierende Folgen für die stahlintensiven Wertschöpfungsketten

Am 15. Januar 2019 hat das britische Unterhaus über das zwischen Großbritannien und der EU ausgehandelte Brexit-Abkommen abgestimmt.

Dazu Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl: „Es ist besorgniserregend, dass das britische Unterhaus dem zwischen Großbritannien und der EU ausgehandelten Brexit-Abkommen nicht zugestimmt hat. Für die Stahlindustrie in Deutschland ist ein geregeltes Ausscheiden Großbritanniens mit einer Übergangsfrist zur Klärung der künftigen Beziehungen des Landes zur EU von großer Bedeutung. Ein unregelter Austritt hätte gravierende negative Folgen gerade für die stahlbasierten Wertschöpfungsketten. Deutschland exportiert knapp 3 Mio. Tonnen Stahl in Form von stahlhaltigen Gütern nach Großbritannien mit einem Wert von 44,5 Mrd. Euro. Knapp 10 Prozent der „indirekten Stahlexporte“ aus Deutschland entfallen damit auf Großbritannien. Es bleibt zu hoffen, dass es am Ende eine Entscheidung der Vernunft für einen geregelten Austritt Großbritanniens oder einen Verbleib des Landes in der EU geben wird.“

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist der Zusammenschluss der Unternehmen der Stahlindustrie. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 70 Unternehmen und rund 90.000 Mitarbeiter. Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de

Rückfragen

Marvin Bender
Pressesprecher

Maik Luckow
Pressesprecher

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 67 07-116
Fax +49 (0) 211 67 07-676
Mail marvin.bender@wvstahl.de | maik.luckow@wvstahl.de